

Ressort: Politik

Gemeinschaftsdiagnose: Institute kritisieren Bundesregierung

Berlin, 09.04.2014, 18:25 Uhr

GDN - Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute üben harte Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung: In ihrer gemeinsamen Konjunkturprognose, die am Donnerstag der Bundesregierung übergeben wird, gehen die Ökonomen vor allem mit dem Mindestlohn, der Energiepolitik und der Rente ab 63 hart ins Gericht. Die noch unveröffentlichte Prognose liegt der "Welt" vor.

Bereits der Titel der Prognose spricht Bände: "Deutsche Konjunktur im Aufschwung – Gegenwind von der Wirtschaftspolitik". Insbesondere der Mindestlohn ist den Forschern demnach ein Dorn im Auge. Sie warnen, dass der Mindestlohn hierzulande für höhere Preise sorgen wird. In diesem Jahr, so die Konjunktexperten, sollen die Verbraucherpreise um moderate 1,3 Prozent steigen. Im kommenden Jahr hingegen soll die Inflation wegen des Mindestlohns höher ausfallen. Vorerst nimmt der Aufschwung hierzulande aber offenbar an Fahrt auf. Die Wirtschaft gewinnt laut der Institutsprognose in diesem Jahr erheblich an Schwung. Die Wirtschaftsleistung soll 2014 um 1,9 Prozent wachsen und im kommenden Jahr ebenfalls um zwei Prozent. Die Institute erwarten denn auch, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Jahr weiter sinken wird; 2015 soll sie allerdings geringfügig steigen. Auch dabei dürfte der Mindestlohn eine Rolle spielen. Zudem geben die Ökonomen Entwarnung beim Thema Deflation, das derzeit die Geldpolitiker umtreibt. Die Experten erwarten, dass sich die Wirtschaft der Euro-Zone langsam erholen wird und das dürfte nach ihrer Einschätzung für eine leichte Inflation sorgen. Die sogenannte Gemeinschaftsdiagnose wird erstellt von vier Konsortien, die angeführt werden vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), dem Institut für Wirtschaftsforschung München (Ifo), dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und dem Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung Essen (RWI).

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-32888/gemeinschaftsdiagnose-institute-kritisieren-bundesregierung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619